

Der Kreisverband Viersen bittet die Kreistagsfraktion zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die weitere Unterbindung demokratiezersetzender Bestrebungen auf Kreisebene sichergestellt werden kann, und wie ein AfD-Verbotsverfahren vom Kreistag unterstützt werden könnte. Ferner sollte die Kreistagsfraktion Gespräche mit der Kreisverwaltung führen, ob sich nun dienstrechtliche Konsequenzen für Angestellte und Beamte ergeben, die Mitglied in der rechtsextremistischen AfD sind.

Der Kreisverband Viersen fordert die Minister*Innen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen auf, sich in der Landesregierung für einen Bundesrats-Antrag für ein AfD-Verbotsverfahren einzusetzen.

Der Kreisverband Viersen fordert die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf, sich für einen Bundestags-Antrag für ein AfD-Verbotsverfahren einzusetzen. Darüber hinaus sollte die Bundestagsfraktion prüfen, den Ausschluss der AfD von der staatlichen Parteienfinanzierung auf den Weg zu bringen.

Hintergrund:

Nicht erst seit der offiziellen Einstufung der Gesamtpartei AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ist klar: Die AfD bedroht unsere Demokratie, unsere Freiheit und unsere Zukunft. Wir alle sind uns einig, dass unsere Ziele denen der AfD fundamental entgegenstehen. Deshalb arbeiten wir politisch und inhaltlich schon immer daran, die AfD zu verkleinern. Das ist auch erklärtes Ziel der anderen demokratischen Parteien. Dennoch ist die AfD seit ihrer Gründung kontinuierlich gewachsen. Das liegt auch an der großen Bühne, die sie mit ihren Lügen, polarisierenden Aussagen und generell populistischen Auftreten in den Medien erhält sowie an den nicht unerheblichen finanziellen Mitteln, über die diese Partei verfügt. Damit schaltet sie Werbeanzeigen in sozialen Medien, verbreitet Desinformationen und hetzt ganz konkret gegen Minderheiten. Die AfD finanziert sich zu einem großen Teil aus staatlichen Mitteln und falls sie nicht verboten wird, sollte sie zumindest von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden.

Ich finde, es ist wichtig, die AfD an allen Fronten anzugreifen, zusätzlich zur inhaltlichen und politischen Arbeit eben auch mit einem Verbotsverfahren. Ob es klappt oder nicht, entscheidet ohnehin nicht die Politik, sondern das Bundesverfassungsgericht. Dieses kann nur auf Antrag von Regierung, Bundestag oder Bundesrat aktiv werden. Welche Folgen ein Verbotsverfahren hat ist nur teilweise absehbar. Sicherlich gibt es Risiken, z.B., weil die AfD den ganzen Prozess nutzen wird, sich in einer Opferrolle darzustellen. Deshalb ist und bleibt es wichtig, die Scheinargumente der AfD zu widerlegen und die Partei als das zu entlarven, was sie ist: Eine Gefahr für unsere freie Gesellschaftsordnung.

Update:

Dieser Beschluss wirkt möglicherweise mittlerweile als von der Zeit überholt, da es viele Signale gibt, dass sich unsere Partei insgesamt spätestens seit der aktuellen Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem durch den Verfassungsschutz bereits in diese Richtung positioniert, siehe zum Beispiel die aktuelle Rundmail (07.05.2025) von Pegah Edalatian (Politische Bundesgeschäftsführerin). Dennoch finde ich es wichtig, auch um den Rückhalt und die Unterstützung dieser wichtigen Entscheidung für die Parteispitze auszudrücken, dass auch wir als Kreisverband uns hier eindeutig positionieren.

Tim Kröber (OV Viersen)